

Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher Noll,
Sehr geehrte Frau Massow,
Sehr geehrte Damen und Herren,



sagt Ihnen die Abkürzung SVIK (Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität) oder SVIKG (das Gesetz dazu)?

Diese Abkürzungen finden Sie im Jahreswirtschaftsbericht 2026 der Bundesregierung. Wenn ich heute mit Ihnen gemeinsam auf die erfolgten Haushaltsberatungen schaue, so muss ich das mit einem Blick auf die ganzheitliche Lage der Politik in Deutschland beginnen:

Die Bundeswirtschaftsministerin (Katherina Reiche (CDU)) hat im Januar den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2026 vorgestellt. Spätestens beim Lesen dieses Berichtes wird klar, wieviel finanzpolitische Veränderungen angestoßen worden sind, die natürlich auch Auswirkungen auf unseren städtischen Haushalt haben. Im Bericht ist zu lesen: „Die mit dem **Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)** entstehenden Spielräume, nutzt die Bundesregierung für eine Investitionsoffensive zur Modernisierung und zum zielgerichteten Ausbau, insbesondere des öffentlichen Kapitalstocks.“

Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität werden **500 Milliarden Euro** insbesondere für die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt.

Mitten in den Haushaltsberatungen...erreichte uns die Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums der Finanzen:

Sondervermögen des Bundes: Drei Milliarden Euro für die Infrastruktur von Hessens Kommunen werden zugeteilt. Finanzminister Professor Dr. R. Alexander Lorz wird zitiert:

„Zunächst werden drei Milliarden Euro auf die Kommunen verteilt. Damit können nun vor Ort zahlreiche Investitionen angeschoben werden. Voraussichtlich 2029 werden auf aktualisierter Datengrundlage weitere 1,7 Milliarden Euro zugewiesen.

Hessen erhält 7,4 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur. Hiervon erhalten – **übrigens nach Abzug eines gemeinsam vereinbarten Betrags von 950 Millionen Euro zur Kofinanzierung der Krankenhaus-Transformation** – die hessischen Kommunen 4,7 Milliarden Euro.

Das entspricht einem Kommunalanteil an der ursprünglichen Gesamtsumme von **63 Prozent**.

Die Zuteilung erfolgt in zwei Tranchen: zunächst werden **drei Milliarden Euro** aufgeteilt, **voraussichtlich 2029 weitere 1,7 Milliarden Euro**.

Die Kommunen erhalten das Geld unbürokratisch und sollen es **für die Stärkung der Infrastruktur** nutzen. Wachstum und Lebensqualität werden damit gefördert. Dafür können die Kommunen das Geld **frei** für Investitionen in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Wohnungs- und Städtebau, Bevölkerungsschutz und Verkehrs-, Technik, und Sportinfrastruktur verwenden.

(Digitales/Bildungsinfrastruktur/Schulbau/Betreuungsinfrastruktur/Technische Infrastruktur (z.B.Kanalisation))(LUKIV,bzw.LUKIVG(Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz)

Es regnet also EINNAHMEN....Einnahmen, die die Kommune natürlich gut gebrauchen kann... Also ein Grund zur Freude?

Das mag jeder für sich bewerten.

Das Wort **Sondervermögen** hat es jedenfalls geschafft, zum **Unwort** des Jahres 2025 gekürt zu werden. Die **Jury der Gesellschaft für deutsche Sprache kritisierte**, dass der Begriff manipulativ und irreführen ist.

Was bedeutet das alles für unseren städtischen Haushalt?

Wir erhalten Mittel, die für Investitionen vorzusehen sind. Eine gute Nachricht. Wir sollten allerdings dabei im Blick behalten: Mittel für Investitionen, von Geldern, die wir in Deutschland fremdfinanzieren müssen...

Also mal als Familie gedacht: Keine Gelder vom Sparbuch, sondern Gelder die kreditfinanziert sind. **Also kein Geld**, um fixe Kosten zu deckeln...

Wir haben für Gudensberg bereits ein hohes Maß an Investitionen in der Planung.

Vergleichen wir uns mit anderen Kommunen, ist deutlich festzustellen: Hier in Gudensberg wird ordentlich investiert. Es gibt das G1, das wir alle gern und stolz benennen, wenn es um Investitionen für Gudensberg geht.

Aber gefühlt, wird auch Vieles nicht so richtig fertig...

Schauen wir auf unser Hallenbad... Auf den alten Sportplatz... Auf das Verkehrskonzept... auf das Gewerbegebiet:

Ich sage ganz bewusst: **Sie** haben hier ein Gewerbegebiet auf den Weg gebracht, in dem sich kein Gewerbe ansiedelt. **Die FWG** hat diesen Beschluss nicht mitgetragen.

Die Auflagen im Bebauungsplan sind hoch, die Baugrundfertigstellungskosten viel zu teuer und ein Antrag der FWG Fraktion auf Fördermittel für die Erschließung, wurde hier im Stadtparlament einfach mal so eben abgelehnt.

487 Tausend Euro Kosten für die Ausgrabungen belasten aber unseren Haushalt! In den beschlossenen Grundstücksverkaufspreisen wurden rund **625 Tausend Euro für diese Ausgrabungen eingepreist**. Ich kann mich da ehrlich gesagt gar nicht drüber freuen, wenn ich dann in der Antwort der Verwaltung zu der Anfrage meiner Fraktion noch dazu lese, das noch weiter 138 TSD Euro für die Fortsetzung der Grabungen zur Verfügung stehen...und die Stadt Niedenstein sich mit 10% an den Kosten beteiligen wird.

Ein weiteres Beispiel:

Es gab hier im Parlament Vorschläge zum Häuserkauf in bester Lage Innenstadt, um eine In-House-Fahrradgarage in der Innenstadt umzusetzen. Die CDU Fraktion hat sich uns Gott sei Dank angeschlossen und so konnten wir diese völlig überteuerte Planung dieser Investition - verhindern, so dass diese unseren städtischen Haushalt nicht belastet.

Spannend wären auch bei diesem Projekt die Folgekosten gewesen.

Und genau dieses Thema: „Folgekosten“... haben wir das ganze Jahr immer und immer wieder thematisiert...

Keine Investition ohne Planung von Folgekosten!!

Wir tun also gut daran, unsere Aufgaben zu priorisieren:

Im Kommunalbericht ist nachzulesen: „die finanziellen Spielräume der Kommunen werden immer enger: die Haushalte sind defizitär, neuen Rekordeinnahmen stehen noch höhere Ausgaben gegenüber. Als Folge steigen die Schulden weiter an.“ Es wird seit Jahren eine Priorisierung von Aufgaben gefordert.

Und an erster Stelle stehen nunmal die Aufgaben, die wir auch leisten **müssen!** Das müssen wir gemeinsam unseren Bürger und Bürgerinnen deutlich machen und nicht **freiwillige Leistungen** zum Spielball im Wahlkampf nutzen...

Wir haben Empfehlungen von Landesrechnungshof bekommen. Wir als Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Gudensberg haben im gesamten letzten Jahr immer und immer wieder in den Hafi-Sitzungen dafür geworben, diese Empfehlungen umzusetzen.

Wir brauchen eine transparente Darstellung unseres Haushaltes, und eine kennziffernbasierte Steuerung um Kostentreiber zu erkennen. Dafür werden wir weiter werben.

An dieser Stelle sind wir der Verwaltung dankbar, dass die Vorschläge aufgegriffen wurden und wir in einer gesonderten Sitzung diese Themen besprechen konnten. Jetzt dürfen wir uns nur nicht zurücklegen und

sagen: Das Geld aus dem Sondervermögen kommt wir haben keine finanziellen Sorgen mehr...

Im März sind Kommunalwahlen. **Es ist nur fair**, diesem neuen Parlament die Möglichkeit zu geben, die Kriterien für die weitere Ausgabe von Mitteln mitzuentcheiden und Einsparpotentiale gemeinsam zu ermitteln.

Wer hier im Raum aus der **Haushaltskonsolidierung** ein parteipolitisches Wahlkampfinstrument entwickelt, der hat leider den Ernst der Lage der kommunalen Haushalte nicht erkannt.

Die FWG Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung, für die Zusammenarbeit während den Haushaltsberatungen und bei dem Magistrat für die Erarbeitung der Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2026.